

Beteiligentransparenzdokumentation

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung

Einbringer: **Fraktion der FDP**

(Drucksache 7/300)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 08. August 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der FDP

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Thüringer Bauordnung (ThürBO) sieht in § 60 die Genehmigungsfreistellung von baulichen Anlagen unter bestimmten Voraussetzungen vor. Nicht geregelt ist jedoch eine Rechtsfolge, die nach Ablauf eines bestimmten Zeitfensters eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft.

Aufgrund der gesetzlichen zeitlichen Begrenzung der Mängelhaftung von Architekten und Ingenieuren werden Bauherren nach Ablauf der Verjährung in alleinige Haftung gedrängt beziehungsweise zu weiterführenden, kostenintensiven Vereinbarungen mit Bauplanern gezwungen.

Der mit der Genehmigungsfreistellung verbundene Gedanke der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und damit dem Abbau von Bürokratie gelangt somit nicht zu einem Ergebnis, sondern schafft Unsicherheit und verursacht Mehraufwand und Mehrkosten zu Lasten von Bürgern und Bauplanern.

B. Lösung

Die Gemeinde teilt den Bauherren innerhalb einer Frist von vier Wochen mit, ob die Baumaßnahme genehmigungspflichtig ist. Nach fünf Jahren sind genehmigungsfreie Bauvorhaben genehmigten Vorhaben (vergleiche § 62 ThürBO) gleichzusetzen. Auf die fiktive Genehmigung des Bauvorhabens nach fünf Jahren ist § 42 a Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz analog anzuwenden.

C. Alternativen

Festhalten an der bisherigen Gesetzeslage

D. Kosten

Keine Mehrkosten

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem § 61 Abs. 3 Satz 5 der Thüringer Bauordnung vom 13. März 2014, die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323) geändert worden ist, werden folgende Sätze angefügt:

"Nach einer Frist von fünf Jahren nach Beendigung der Bauausführungen gilt das Bauvorhaben als genehmigt (fiktive Genehmigung). § 42 a des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes findet entsprechende Anwendung."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Durch eine Genehmigungsfiktion wird eine bisher fehlende Rechtssicherheit für den Bauherren hergestellt und Rechtsfrieden zwischen Bauherrn und Bauplanern geschaffen. Die Fünf-Jahres-Frist orientiert sich an der in § 634a des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelten Verjährungsfrist für Mängelansprüche des Bauherrn gegen den Bauplaner.

Der Intention der Regelung, bestimmte Bauvorhaben in einem unbürokratischen Verfahren zu ermöglichen, wird mit der fiktiven Genehmigung eine verbindliche und rechtssichere Rechtsfolge gesetzt.

Für die Fraktion:

Montag

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Handwerkskammer Erfurt

Industrie- und Handelskammer Erfurt

IHK Ostthüringen zu Gera

Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. Landesgruppe Thüringen

Handwerkskammer Südthüringen

Architektenkammer Thüringen

Ingenieurkammer Thüringen

Vereinigung freischaffender Architekten Deutschland Landesgruppe Mittelthüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Handwerkskammer GfH	
	Körperschaft des öffentlichen Rechts	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Fischmarkt 13	
	Postleitzahl, Ort	
	99084 GfH	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Vertretung und Förderung des Interesses des Handwerks</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Vorgeschlagene Änderungen der Bauordnung werden begünstigt</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 12.06.2020	

Handwerkskammer Erfurt
Fischmarkt 13 · 99084 Erfurt
Tel. (0361) 67 07-0 · Fax 67 07-200

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	<i>IHK Erfurt</i>	<i>Körperschaft d. öff. Rechts</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Arnstädter Str. 34</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	HMK	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein.	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erfurt, 19.6.20</i>	

**Industrie- und
Handelskammer Erfurt**
Arnstädter Straße 34
Postfach 90 01 55
99104 Erfurt

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">HK Ostthüringen zu Jura</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft d. öff. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Gaswerkstr. 23</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">B</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07546 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	HK Ostthüringen zu Jura	Körperschaft d. öff. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gaswerkstr. 23	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	B	Postleitzahl, Ort	07546 Jena
Name	Organisationsform										
HK Ostthüringen zu Jura	Körperschaft d. öff. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gaswerkstr. 23										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	B										
Postleitzahl, Ort	07546 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gesamtkommunikation der gewerb. Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gra, 26. 6. 2020	

**IHK**Industrie- und Handelskammer
Ostthüringen zu Gera

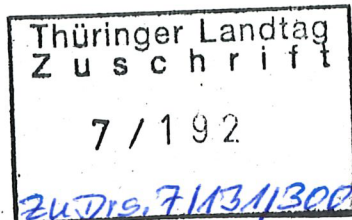
Wirtschaft und Technologie

THÜR. LANDTAG POST
24.06.2020 12:22

14217/2020

Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera | Postfach 3062 | 07490 Gera

##51260##

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bearbeitet von

E-Mail

Telefon

@gera.ihk.de

Gera, 22. Juni 2020

**Stellungnahme zum Entwurf des
Dritten Gesetzes zur Änderung der Thüringer Bauordnung**

Ihr Zeichen: A 6.1 - Drs. 7/131/300 Ihre Nachricht vom: 20.05.2020 Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zu o. g. Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Bauordnung (ThürBO) Stellung nehmen zu können.

Nachfolgend finden Sie unsere Anmerkungen zu den Änderungen im Einzelnen.

Die **Einführung einer Typengenehmigung**, um die Möglichkeiten des Seriellen Bauens auch in Thüringen zu unterstützen bewerten wir grundsätzlich positiv. Die Regelung entspricht im Wesentlichen der Musterbauordnung und findet sich in gleicher Art und Weise bereits in anderen Landesbauordnungen wieder.

Eine Typengenehmigung kann eine deutliche Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren unterstützen. In Verbindung mit der zeit- und kosteffizienten Planung und Realisierung serieller Bauformen, kann so zu einer schnelleren und günstigeren Umsetzung von Bauvorhaben, insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus, aber auch beim gewerblichen Bauen beigetragen werden. Zudem sind auch in Thüringen Unternehmen der Baubranche ansässig oder betreiben Niederlassungen, die im Bereich des seriellen Bauens aktiv sind. Für diese bietet die Möglichkeit entsprechende Projekte in Thüringen umsetzen zu können natürlich unmittelbare Vorteile.

Gegen die **Einführung einer Genehmigungsfiktion** für freigestellte Bauvorhaben nach Ablauf einer Fünfjahresfrist bestehen seitens der IHK Ostthüringen zu Gera keine Einwände. Unmittelbare Auswirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft erwarten wir durch die Einführung oder auch Nicht-Einführung der Regelung nicht. Die damit angestrebte Lösung bestimmter planerischer Konflikte bei der Umsetzung genehmigungsfreier Bauvorhaben erscheint hierdurch aber unbürokratisch und rechtssicher möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Leiterin Geschäftsbereich
Wirtschaft und TechnologiePostanschrift: PF 30 62, 07490 Gera
Büroanschrift: Gaswerkstr. 23, 07546 GeraInfo@gera.ihk.de | +49 365 8553-0 | www.gera.ihk.de
Qualitätsmanagement zertifiziert nach DIN EN ISO 9001Seite 1 / 1
4_723_01_08_02_02

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"><i>Bund der Öffentlich bestellten Vermessungs- ingenieure (BOVI) e.V. Landesgruppe Thüringen</i></td> <td style="padding: 5px;"><i>Briefverband</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"><i>c/o BOVI</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>Rodaer Straße 24</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><i>07624 Herrnsdorf</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Bund der Öffentlich bestellten Vermessungs- ingenieure (BOVI) e.V. Landesgruppe Thüringen</i>	<i>Briefverband</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o BOVI</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rodaer Straße 24</i>	Postleitzahl, Ort	<i>07624 Herrnsdorf</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Bund der Öffentlich bestellten Vermessungs- ingenieure (BOVI) e.V. Landesgruppe Thüringen</i>	<i>Briefverband</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>c/o BOVI</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rodaer Straße 24</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>07624 Herrnsdorf</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Verhinderung der Interessen der Thüringer Öffentlichkeit bestellter Verwaltungsingenieure (ÖbVI) gegenüber Politik, Verwaltung etc.</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>+ Zustimmung + ergänzende Hinweise für weiteren Regelungsbedarf in der ThürVO (z.B. Abschiedsflächen, Tätigkeitsgenehmigung, Einspruchsberechtigung)</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

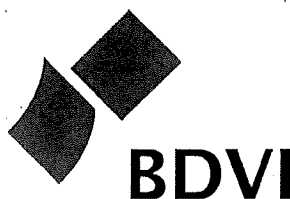
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Heimsdorf, 25.06.2020	

Bund der Öffentlich bestellten
Vermessungsingenieure e. V. (BDVI)
Landesgruppe Thüringen
Rodaer Straße 24 • D - 07629 Heimsdorf
Tel.: 03 66 01/85 10 4 • Fax: 03 66 01/85 10 5
geschaeftsstelle@bdvi-thueringen.de
www.bdvi-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
25.06.2020 07:37

14279/2020



BDVI Thüringen - Rodaer Straße 24 - 07629 Hermsdorf

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Bund der Öffentlich bestellten
Vermessungsingenieure e. V.
Landesgruppe Thüringen

Geschäftsstelle
Rodaer Straße 24
07629 Hermsdorf
Fon (03 66 01) 8 51 04
Fax (03 66 01) 8 51 05
Mail geschaeftsstelle@bdvi-thueringen.de
Web www.bdvi-thueringen.de

25. Juni 2020

Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Stellungnahme zu den Entwürfen

Drittes Gesetzes zur Änderung der Thüringer Bauordnung (ThürBO) -

Typengenehmigung einführen - serielles Bauen ermöglichen, Gesetzentwurf der

Fraktion der CDU - Drucksache 7/131 - UND

Drittes Gesetzes zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der

Fraktion der FDP - Drucksache 7/300 -

Vorsitzender

c/o Vermessungsstelle ÖbVI

Rodaer Straße 24
07629 Hermsdorf

Fon (03 66 01) 8 51 04
Fax (03 66 01) 8 51 05
Mail
Web

Sehr geehrte Frau Vorsitzende
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

im Namen der Landesgruppe Thüringen des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. (BDVI) bedanke ich mich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den obigen beiden Gesetzentwürfen.

Die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) des Freistaates Thüringen stützen Ihre Tätigkeiten auf die Vorschriften der ThürBO, vor allem im Zuge

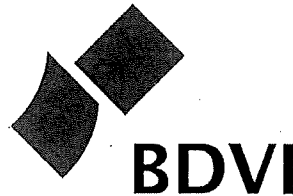
- der Beurteilung der Zulässigkeit der Teilung von Grundstücken und
- der Erstellung von Bauvorlageunterlagen für behördliche Genehmigungsverfahren, die eine umfassende baurechtliche Beratung der Bauherren und Entwurfsverfasser zum geplanten Bauvorhaben einschließt, insbesondere zur Einhaltung von Abstandsflächen sowie
- der Absteckung der Grundfläche und Höhenlage der baulichen Anlagen.

Weiterhin erstellen die ÖbVI Pläne für Baulasteintragungen und zur Erstellung von Abgeschlossenheitsbescheinigungen.

Durch den konkreten Regelungsinhalt der uns übersandten Entwürfe zur Änderung der Thüringer Bauordnung (ThürBO), sind die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure nicht direkt betroffen. Wir begrüßen jedoch grundsätzlich die Bestrebungen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Bauantragsverfahren.

Jedoch sind wir sehr dankbar für die Anfrage bzgl. weiteren Änderungsbedarfes im Hinblick auf eine zukünftig anstehende Novellierung der ThürBO.





Insofern möchten wir Ihnen gern folgende Hinweise, Wünsche und Anregungen unsererseits vortragen. Auf zu ausführliche Begründungen haben wir bewusst verzichtet, um unsere Stellungnahme nicht zu überfrachten. Natürlich werden wir gern eine ausführlichere Stellungnahme nachliefern bzw. direkt mit Ihnen diskutieren.

Zu § 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 Abstandsflächen, Abstände

Der aktuelle § 6 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 sollte wieder gestrichen werden, d. h. die ursprüngliche, vor der letzten Novellierung geltende Regelung zu den Abstandsflächen in § 6 Abs. 1 sollte wieder gelten.

Begründung:

Einen völligen Verzicht auf Abstandsflächen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile lehnt die Landesgruppe Thüringen des BDVI im Interesse der Wahrung des nachbarschaftlichen Friedens nach wie vor ab.

Hier wurde die Formulierung der Musterbauordnung (MBO) übernommen, ohne diese ernsthaft zu hinterfragen.

Wir möchten hier nur drei Zitate aus unseren direkten Nachbarbundesländern zu diesem Thema anführen:

1.) Anhörung des Innenausschusses am 05.11.2015 im Sächsischen Landtag:

S. 16: Stefan Kraus: „... Ich bin auf Bundesebene der Hüter der Musterbauordnung, also des Regelwerks ...“

S. 17: "Zum zweiten Punkt: Im Abstandsflächenrecht will ich Ihnen sagen: Auch wenn die Musterbauordnung eine solche Regelung, wie Sie sie aus dem Gesetzentwurf herausgestrichen haben, vorsieht, möchte ich Ihnen aus meiner fachlichen Sicht sagen, es macht Sinn, dass Sie diese Regelung herausgestrichen haben."

2.) Aufsatz von Prof. Dr. Michael Sauthoff, Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Finanzgerichts in Greifswald zur Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, 2015:

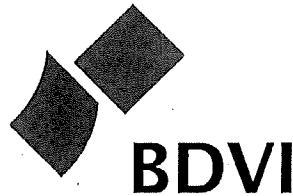
"g) Zwischenergebnis

Insgesamt erscheint es gerechtfertigt, dass die meisten Bundesländer diese Regelung nicht übernommen haben. Eine Norm wie § 6 Abs. 14 LBauO a. F. oder eine planerische Entscheidung der Gemeinde, etwa vorgesehen in einer Satzung nach § 34 Abs. 3 BauGB, wäre sachgerechter."

3.) Änderungsantrag zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 02.05.2013:

"Zu Nr. 3: zu Buchst. a)

Ein völliger Verzicht auf Abstandsflächen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist im Interesse des nachbarschaftlichen Friedens auch dann abzulehnen, wenn sich ein Vorhaben nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die



Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Die geltenden Bestimmungen haben sich bewährt."

Zu § 7 Teilung von Grundstücken

Die Landesgruppe Thüringen des BDVI empfiehlt § 7 im Sinne der Verwaltungsvereinfachung entweder ganz zu streichen oder die Teilungsgenehmigung, ausgestellt durch die untere Bauaufsichtsbehörde oder Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, in § 7 ThürBO wieder einzuführen.

Begründung:

Mit dem Wegfall der regelmäßig geforderten Teilungsgenehmigung nach § 19 BauGB wurde die Verantwortung bei der Teilung von Grundstücken auf den Eigentümer (den sog. „Mündigen Bürger“), den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur bzw. den Notar und das Grundbuch(-amt) übertragen. Dies kam einer Abschaffung der Teilungsgenehmigung gleich.

Aus Sicht der Landesgruppe Thüringen des BDVI kann das Problem nur behoben werden, wenn (der derzeit wirkungslose) § 7 im Sinne der Verwaltungsvereinfachung entweder ganz gestrichen wird oder die Teilungsgenehmigung, ausgestellt von der unteren Bauaufsichtsbehörde, durch eine Regelung in § 7 ThürBO wieder eingeführt wird.

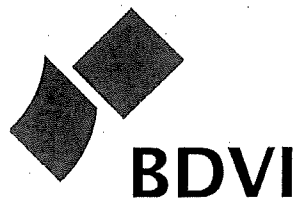
Alternativ könnte die Ausstellung auch auf die bereits mit hoheitlichen Aufgaben beliehenen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, die Tatbestände an Grund und Boden mit öffentlichem Glauben beurkunden dürfen, übertragen werden, da diese während der Bearbeitung einer Zerlegungsvermessung bereits jetzt eine umfassende Beratung und Wertung der bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Auswirkungen durchführen.

Zu § 71 Abs. 7 Baugenehmigung und Baubeginn

Die Landesgruppe Thüringen des BDVI begrüßt die Nachweispflicht nach § 71 Abs. 7 Satz 2, dass die in der Baugenehmigung festgelegte bzw. in der Bauvorlage dokumentierte Grundfläche und Höhenlage der baulichen Anlage eingehalten wurde. Wir empfehlen jedoch die Nachweispflicht nicht nur als Entschließungsermessen (Kann-Bestimmung) der Bauaufsichtsbehörde, sondern als gebundene Bestimmung (Muss-Bestimmung), mindestens jedoch als Soll-Bestimmung, in § 71 Abs. 7 Satz 2 ThürBO zu regeln. Formulierungsvorschlag:

„Die Bauaufsichtsbehörde verlangt, dass Absteckung und Höhenlage von ihr abgenommen wird. Der Bauaufsichtsbehörde ist die Einhaltung der festgelegten Grundfläche und Höhenlage nachzuweisen.“





Begründung:

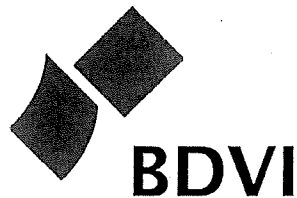
Im Moment haben wir in Thüringen ein sehr liberales Baurecht, welches nur theoretisch ein schnelles und vor allem rechtssicheres Bauen ermöglicht. Zwar können die Bauaufsichtsbehörden z. B. über die Anforderung eines Amtlichen Lageplanes eine gewisse „echte“ Prüfung des geplanten Bauvorhabens anhand der eingereichten Unterlagen durchführen. Dies wird jedoch faktisch nur in Erfurt und Jena regelmäßig angewendet, die damit sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Auch eine spätere Überprüfung der Erstellung des Gebäudes wie in der Baugenehmigung festgelegt (z. B. Überprüfung nach § 71 Abs. 7 ThürBO „Vor Baubeginn muss die Grundfläche der baulichen Anlage abgesteckt und ihre Höhenlage festgelegt sein.“), ist derzeit aufgrund fehlender Kontrollmechanismen nicht möglich. Somit laufen u. a. die dem Schutz der Nachbarrechte dienenden Vorschriften der ThürBO aktuell ins Leere. Die Bearbeiter in den unteren Bauaufsichtsbehörden sind infolgedessen aktuell „zum Zuschauen verdammt“.

Durch den Wegfall der Pflicht zur Gebäudeeinmessung werden Gebäudeeinmessungen kaum noch beantragt. Somit ist auch diese mögliche Kontrolle verloren gegangen.

Die in § 71 Abs. 7 Satz 2 des Entwurfs vorgesehene Nachweispflicht als Ermessensentscheidung der Bauaufsichtsbehörde ermöglicht eine Kontrolle der Einhaltung der in der Baugenehmigung festgelegten bzw. in der Bauvorlage dokumentierten Lage und Höhe der baulichen Anlage. Aus Sicht der Landesgruppe Thüringen des BDVI ist die vorgesehene Nachweispflicht grundsätzlich zu begrüßen. Sie sollte aber zur Vermeidung der stetig steigenden nachbarschaftlichen Streitigkeiten, nicht nur als Entschließungsermessungsentscheidung der Bauaufsichtsbehörde (Kann-Bestimmung) in § 71 Abs. 7 Satz 2 des Entwurfs festgelegt werden, sondern als gebundene Entscheidung. Ansonsten besteht die Gefahr, dass diese baurechtliche Kontrollfunktion von der Bauaufsichtsbehörde künftig weiterhin nur unzureichend wahrgenommen wird. Diese Verfahren haben sich in den anderen Bundesländern (z. B. Nordrhein-Westfalen und Brandenburg) über viele Jahre bewährt und werden mit großem Erfolg angewendet. Die Akzeptanz unter Bauherren, Architekten und Behörden ist dabei durchweg sehr hoch.

Die Kontrolle der Einhaltung der in der Baugenehmigung festgelegten bzw. in der Bauvorlage dokumentierten Lage und Höhe der baulichen Anlage kann dabei über eine Gebäudeabsteckung, die ohnehin in den meisten Fällen erfolgt, und deren Nachweis und/oder eine entsprechende Einmessungsbescheinigung (oder Sockelabnahme) durch einen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur erfolgen. Ein Beispiel soll die Auswirkungen der Nichtanwendung verdeutlichen:

In Nordrhein-Westfalen besteht die Möglichkeit der Anforderung einer Einmessungsbescheinigung bereits seit vielen Jahren. Der entsprechende Paragraph wurde jedoch größtenteils von den Baubehörden nicht angewendet. Vor einigen Jahren schlug man aufgrund einiger, durch aufmerksame Nachbarn aufgedeckter



Abweichungen von erteilten Baugenehmigungen einen neuen Weg ein. Die Regierungspräsidien empfahlen regelmäßig eine entsprechende Bescheinigung anzufordern. In der Folge kam es zu massenweise verhängten Baueinstellungsverfügungen, da sich durch die Nichtüberprüfung der Einhaltung der Bauanträge ein „variables Anpassen“ der Ausführungspläne quasi „eingebürgert“ hatte. Dies betraf ca. ein Drittel aller Bauvorhaben! Nach unseren Erfahrungen kann in Thüringen mit einer ähnlichen Zahl gerechnet werden. Seit Einführung der Nachweispflicht der Bauordnung durch Vorlage der Einmessungsbescheinigung hat sich dieses rechtswidrige Verhalten verständlicherweise recht schnell erledigt.

Eine Einmessungs-/Absteckbescheinigung sollte demnach auch bei Bauvorhaben im Freistaat Thüringen generell angefordert werden, da sie zu deutlich mehr Rechtssicherheit und Verbraucherschutz führt und u. a. hilft, zunächst unerkannte und später mit zusätzlichen Kosten verbundene Unterschreitungen von Abstandsflächen zu vermeiden.

Zu § 82 Baulasten und Baulastenverzeichnis

In Absatz 2 sollte auch den ÖbVI die Möglichkeit eingeräumt werden, die Unterschrift des Grundstückseigentümers öffentlich zu beglaubigen. Dies würde zur weiteren Vereinfachung und Beschleunigung des Bauantragsverfahrens für die Bürger führen.

In Absatz 5 sollte den ÖbVI grundsätzlich die Möglichkeit eingeräumt werden in das Baulastenverzeichnis Einsicht nehmen zu können.

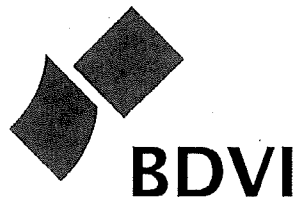
Begründung:

Sofern auch ÖbVI die Erklärungen zur Baulasteintragung öffentlich beglaubigen könnten, würde dies zum einen die Bauaufsichtsbehörden entlasten, als auch zu beschleunigten Bearbeitungszeiten für die Antragsteller führen. Da die ÖbVI in vielen Fällen im Rahmen Ihrer Tätigkeit bereits jetzt die zugehörigen Baulastenpläne erstellen und beratend den Grundstückseigentümern zur Seite stehen, scheint unsere Forderung nur logisch und konsequent.

Die ÖbVI wurden im Rahmen Ihrer Ausbildung (Studium und 2. Staatsexamen) auch ausführlich im Bereich des Baurechts ausgebildet und sind als Experten für alle Fragen rund um Grund und Boden erste Ansprechpartner für viele Grundstückseigentümer. Insofern können sie als „Experten mit Siegel“ vom Amtlichen Lageplan zum Bauantrag, über die notwendige Zerlegungsmessung, die Baulasteintragung bis hin zur Gebäudeabsteckung und ggf. Sockelabnahme bzw. Absteckbescheinigung die Bauherren vollumfänglich auf dem Weg zum Eigenheim, zur neuen Schule oder dem Sportlerheim begleiten und beraten.

Gemäß unserer obigen Ausführungen ist demzufolge auch regelmäßig von einem berechtigten Interesse der ÖbVI auf Einsichtnahme in das Baulastenverzeichnis





auszugehen. Bereits jetzt werden diese Daten zum Beispiel i. Z. m. der Bearbeitung von Zérlegungsmessungen und Baulandumlegungen benötigt.

Zu § 86 Abs. 2 Nr. 1 Ordnungswidrigkeiten

Es sollte klargestellt werden, ob Auszüge aus der Liegenschaftskarte von den Bauaufsichtsbehörden stets als richtig anzusehen sind, obwohl bekannt ist, dass diese falsche Darstellungen enthalten können.

Begründung:

Zu den genannten unrichtigen Plänen können auch die Auszüge aus der Liegenschaftskarte zählen. Zwar nehmen das Liegenschaftskataster und damit auch die entsprechenden Kartenauszüge am Öffentlichen Glauben des Grundbuchs Teil. Es ist jedoch bekannt und nicht selten der Fall, dass sowohl Grenzen als auch Gebäude, verstärkt durch die Objekte aus Luftbildbefliegungen, fehlerhaft sind. Hier ist zu hinterfragen, ob dem ÖbVI oder dem Freistaat daraus ein Haftungsanspruch entstehen kann oder stets vom Guten Glauben auszugehen ist. Eine diesbezügliche Klarstellung ist unseres Erachtens erforderlich.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anregungen in kommenden Gesetzgebungsverfahren und stehen für weitere Ausführungen und Gespräche gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß aus ~~H~~ermsdorf

Vorsitzender des BDVI Thüringen



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"><i>Handwerkskammer Südthüringen</i></td> <td style="padding: 5px;"><i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>Rosa-Luxemburg-Straße 7-9</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><i>98527 Suhl</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Handwerkskammer Südthüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rosa-Luxemburg-Straße 7-9</i>	Postleitzahl, Ort	<i>98527 Suhl</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Handwerkskammer Südthüringen</i>	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rosa-Luxemburg-Straße 7-9</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>98527 Suhl</i>										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung des Interesses des Handwerks	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Ereignisse werden begünstigt keine inhaltlichen Ergänzungen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, 24.06.2020	Hauptgeschäftsführerin

THÜR. LANDTAG POST
25.06.2020 10:38



Handwerkskammer
Südthüringen

14322/2020

Handwerkskammer Südthüringen | Rosa-Luxemburg-Straße 7-9 | 98527 Suhl

Hauptgeschäftsführerin

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

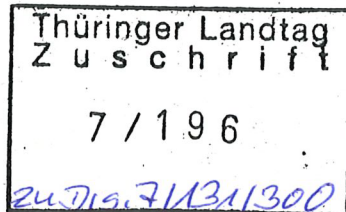
Den Mitgliedern des

ABILF

Telefon: 03681 / 37 01 01
Telefax: 03681 / 37 02 40

E-Mail: info@hwk-suedthueringen.de
Internet: www.hwk-suedthueringen.de

Suhl, 24. Juni 2020



**Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung**

Ihr Zeichen: A 6.1/ -Drs. 7/131/300

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20. Mai 2020 und der hiermit eingeräumten Möglichkeit zur Stellungnahme.

Beide vorliegende Gesetzentwürfe der Fraktion der CDU (Drucksache 7/131) sowie der Fraktion der FDP (Drucksache 7/300) können geeignet sein, Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen bzw. einfacher zu gestalten.

Eine entsprechende gesetzliche Regelung zum seriellen Bauen sowie auch zur Genehmigungsfiktion sehen bereits Bauordnungen verschiedener anderer Bundesländer vor. Insofern unterstützen wir diese Vorschläge.

Weitere inhaltliche Ergänzungen im Zusammenhang mit dieser Thematik werden von uns nicht eingebracht.

Hauptgeschäftsführerin



Handwerkskammer Südthüringen
Rosa-Luxemburg-Straße 7-9
98527 Suhl

Telefon 03681 370100
Telefax 03681 370240

E-Mail info@hwk-suedthueringen.de
Web www.hwk-suedthueringen.de



THÜR. LANDTAG POST
25.06.2020 12:56

14358/2020



ARCHITEKTEN
KAMMER
THÜRINGEN

ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN | PF 90 04 14 | 99107 ERFURT

DER PRÄSIDENT

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

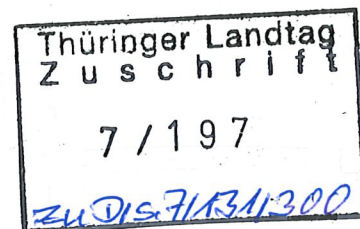
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

..... *AGILF*

**Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung
Drucksache 7/300 vom 14.02.2020**

Erfurt, den 25. Juni 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,

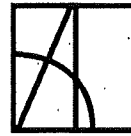
zunächst bedanken wir uns für die Möglichkeit, im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens zu dem im Betreff genannten Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP in gebotener Kürze Stellung zu nehmen.

Nach sachlicher und rechtlicher Beurteilung lehnt die Architektenkammer Thüringen die mit dem Gesetzesentwurf angestrebte Genehmigungsfiktion nach Eintritt eines festgelegten Zeitfensters von fünf Jahren für bauliche Anlagen ab.

Zur Begründung wird im Gesetzesentwurf ausgeführt, dass die Genehmigungsfiktion eine bisher fehlende Rechtssicherheit für die Bauherren herstellt und Rechtsfrieden zwischen Bauherren und Bauplaner schaffen soll. Zur Begründung der Fünf-Jahres-Frist wird zur Orientierung auf die Verjährung der Mängelansprüche an einem Bauwerk oder einem Werk, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- und Überwachungsleistungen hierfür besteht, auf den § 634 a BGB verwiesen.

Die Architektenkammer Thüringen ist für alle Änderungen der Thüringer Bauordnung offen, die darauf gerichtet sind, das Verfahren von unnötigen bürokratischen Hürden zu entlasten und moderne zukunftsorientierte Regelungen einzuführen.

Der Vorschlag der Fraktion dient weder dem Zweck, das Baugenehmigungsverfahren zu entbürokratisieren, noch dient die Regelung dazu, Rechtsfrieden im materiellen Recht von Vertragsparteien zu gestalten.



Hierauf sind allein die seit mehr als 100 Jahren im Bürgerlichen Gesetzbuch statuierten werkvertraglichen und seit jüngster Zeit bauvertraglichen Regelungen im Zivilrecht vorgesehen. Dem entgegen gestellt sind die Regelungen der Thüringer Bauordnung auf bauordnungsrechtliche Schutzziele gerichtet, die im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Verfahrens und damit des Verwaltungsrechts auf die Abwehr der Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgerichtet sind.

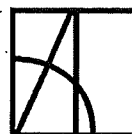
Das Baugenehmigungsverfahren ist in der Thüringer Landesbauordnung bereits in dem zurückliegenden Jahrzehnt durch die differenzierte Behandlung genehmigungsfreier und verfahrensfreier Bauvorhaben, der Genehmigungsfreistellung sowie des vereinfachten und herkömmlichen Baugenehmigungsverfahrens differenziert und im Interesse der Bauherren transparent gestaltet worden und hat sich bewährt. Hiernach enthält die Thüringer Bauordnung in § 62 b Abs. 2 bereits eine Genehmigungsfiktion, wonach bei Überschreitung der regelmäßigen Bearbeitungsfrist von drei Monaten der Antrag als genehmigt gilt.

Sinn und Zweck der Genehmigungsfiktion ist es, dem Antragsteller über seinen Einflussbereich entzogene Verfahrenshemmnisse hinweg zu helfen, die aus einer verzögerten Bearbeitung seines Antrages durch die Genehmigungsbehörde resultieren. Dagegen ist es nicht Sinn der Fiktion, sonstige Verfahrensvereinfachungen oder zivilrechtlich eine rechtsgeschäftliche Abnahmefiktion zu gestalten.

Nach der rechtsgeschäftlichen Abnahme des § 640 Abs. 1 BGB ist der Besteller beim Werkvertrag verpflichtet, das vertragsgemäß hergestellte Werk abzunehmen, sofern nicht nach der Beschaffenheit des Werkes die Abnahme ausgeschlossen ist. Gemäß § 640 Abs. 2 Satz 1 BGB gilt nach der Reform des Bauvertragsrechtes bereits eine Abnahmefiktion, wonach ein Werk auch dann als abgenommen gilt, wenn der Unternehmer dem Besteller nach Fertigstellung des Werkes eine angemessene Frist zur Abnahme gesetzt hat und der Besteller die Abnahme nicht innerhalb dieser Frist ohne Angabe mindestens eines Mangels verweigert. Hiernach folgen noch besondere Schutz-Regelungen für einen Besteller, bei dem es sich um einen Verbraucher handelt, die aus der europäischen Verbraucherschutzrichtlinie in das BGB eingeführt wurden.

Die mit dem Gesetzesentwurf angestrebte verwaltungsrechtliche Genehmigungsfiktion ist nicht mit einer Abnahmefiktion aus dem Bürgerlichen Zivilrecht gleichzusetzen. Die Genehmigungsfiktion ist ein Verwaltungsakt Kraft gesetzgeberischer Entscheidung.

Die vorgeschlagene Regelung führt keineswegs zu einem unbürokratischen Verfahren, sondern vielmehr zu Rechtsunsicherheit durch Kollision verwaltungsrechtlicher Regelungen und den werkvertraglichen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und ist in Gänze abzulehnen.



ARCHITEKTEN
KAMMER
THÜRINGEN

Auch würden durch die angestrebte Genehmigungsfiktion „Schwarzbauten“ legalisiert. Nach der Genehmigungsfiktion würden bauliche Anlagen ohne jegliche bautechnischen Nachweise zur Standsicherheit, den Brand-, Schall-, Wärme- und Erschütterungsschutz als genehmigt gelten, auch wenn die bauliche Anlage gegen die Schutzziele der Thüringer Bauordnung verstoßen würde. Damit bestünde ständig eine latente Gefahr für Leib und Leben sowie bauliche und sonstige Schäden.

Mit freundlichen Grüßen

Architekt BDA

Präsident

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN</td> <td>KÖR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>PF 90 04 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99107 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN	KÖR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF 90 04 14	Postleitzahl, Ort	99107 ERFURT
Name	Organisationsform										
ARCHITEKTENKAMMER THÜRINGEN	KÖR										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF 90 04 14										
Postleitzahl, Ort	99107 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	gem. ThürAIKG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	s. Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25. Juni 2020	

Architekt
 Geschäftsführer
 Architektenkammer Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

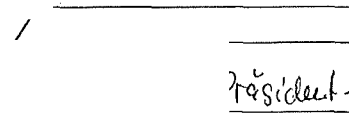
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Dipl.-Ing.</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Ingenieurkammer Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Gustav-Freytag-Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Dipl.-Ing.	Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Dipl.-Ing.	Körperschaft öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> </td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Präsident der Ingenieurkammer Thüringen repräsentiert die Ingenieurkammer und deren Mitglieder gemäß Thür ABG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Drucksache 7/131: schnelleres, kostengünstigeres Bauen; sozialpolitische Herausforderungen besser zu bewältigen. Nachteil: eingeschränkte Flexibilität, höherer Kostenaufwand bei baulichen Veränderungen. Gefahr: „uniformelles“ Bauen. Für planende Ingenieure Verlust des „kreativen Ingenieurgesistes“ → negative Auswirkungen auf Berufsgruppe. Drucksache 7/300: IKT begrüßt die Möglichkeit, durch „Lückenschluss“ Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Ergänzendes Hinweis: derzeit müssen Planer (Bauvorlageberecht. Ing.) eigenverantwortlich Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen bei Fachbehörden einholen. Hier wären einheitliche Regelungen im ThürBO Ziel für mehr Ummissverständnissen entgegen zu wirken.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.06.2020	 / <u>Präsident</u>



Ingenieurkammer Thüringen • Gustav-Freytag-Str. 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Der Präsident

Anschrift: Gustav-Freytag-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361 22873-0
Telefax: 0361 22873-50
E-Mail: info@ikth.de
Internet: http://www.ikth.de

Den Mitgliedern des

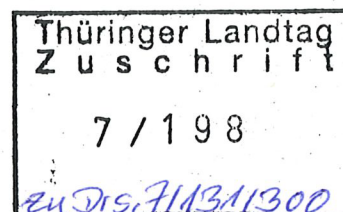
..... *PSILF*

Datum: 25. Juni 2020

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Typengenehmigung einführen
- serielles Bauen ermöglichen
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/131

sowie

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
- Drucksache 7/300



hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr I

wir bedanken uns, dass der Ingenieurkammer Thüringen die Gelegenheit gegeben wird, zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Typengenehmigung einführen - serielles Bauen ermöglichen“ (Drucksache 7/131) sowie dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung“ (Drucksache 7/300) eine Stellungnahme abzugeben.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständischen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten Mitgliederverzeichnis eingetragen sind, ein Großteil unserer Mitglieder erbringt im Baubereich Ingenieurdienstleistungen.

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/131):

Durch typisierte und vorgefertigte Bauteile oder Bauteilgruppen ist ein schnelleres, kostengünstigeres und effizienteres Bauen möglich. Damit können sozialpolitische Herausforderungen im Bereich des Wohnungsbaus besser bewältigt werden, denn die serielle Fließfertigung („historisch bekannte Bauweisen“: Plattenbau-Typ WBS 70 oder Einfamilienhaus-Typ EW 65 in der DDR) wird mit Herstellungskonzepten des konstruktiven Ingenieurbaus verbunden. Mit referenziellen Typengenehmigungen können Bauverfahren beschleunigt und Bürokratie abgebaut werden.

Ein Nachteil des seriellen Bauens besteht in der eingeschränkten Flexibilität, denn spätere bauliche Veränderungen sind nur begrenzt bzw. unter hohem Kostenaufwand realisierbar.

Höhere Transportkosten sowie ggf. höhere Material- und Installationskosten können ebenfalls nachteilig wirken.

Eingeschränkte Gestaltungs- und Designmöglichkeiten weisen die Gefahr auf, dass gesamte Lebensräume „vereinheitlicht“ werden, d. h. sich zunehmend eine „Uniformität der Architektur“ durchsetzt.

Es ist davon auszugehen, dass mit der angestrebten Senkung der Baukosten sowie der Etablierung einer mietpreisdämpfenden Wirkung für derartig errichtete Wohnungen auch der Nebeneffekt einhergeht, dass sukzessive die Planungskapazität, die vorgehalten werden muss, reduziert wird.

Überdies erscheint der alleinige Blickwinkel auf die Baukosten und die Bauzeit nicht zielführend, denn die Gesamtheit der Lebenszykluskosten sollte in die Betrachtungen einbezogen werden.

Nach unserem Dafürhalten ist nicht auszuschließen, dass die mit dem Instrument Typengenehmigung verbundenen Vorteile gleichzeitig negative Auswirkungen auf im Hochbau tätige Kammermitglieder haben können, denn serielles Bauen erfordert weniger „kreativen Ingenieurgeist“, da bauliche Anlagen in derselben Ausführung mehrfach bzw. in großer Anzahl errichtet werden.

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP (Drucksache 7/300):

Der angeregte „Lückenschluss“ zwischen der in § 60 ThürBO vorgesehenen „Genehmigungsfreistellung“ und der bisher noch nicht geregelten Rechtsfolge, die nach Ablauf eines bestimmten Zeitfensters nun eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft, kann dazu beitragen, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen.

Unabhängig davon, sind uns aus dem Kreis der Kammermitglieder noch einige Anmerkungen zum Thema „Bauvorlagen“ unterbreitet worden, die ggf. bei der Weiterentwicklung der Thüringer Bauordnung eine Berücksichtigung finden können und auf die wir nachfolgend kurz eingehen.

Mit dem Bauantrag sind alle für die Beurteilung des Bauvorhabens und die Bearbeitung des Bauantrags erforderlichen Unterlagen (Bauvorlagen) einzureichen. Für die Einreichung „unvollständiger Bauvorlagen“ zeichnen die bauvorlageberechtigten Entwurfsverfasser verantwortlich. In diesem Zusammenhang wurde uns aus dem Mitgliederkreis die Einschätzung übermittelt, dass bei der Fortschreibung der Thüringer Bauordnung auch die „Rechtssicherheit“ für Bauvorlageberechtigte eine angemessene Würdigung erfahren sollte.

Bei der Erteilung von Baugenehmigungen gegebene Empfehlungen, sich mit den entsprechenden Stellen vor der Realisierung des Vorhabens eigenverantwortlich in Verbindung zu setzen sowie Hinweise, dass die beschränkte bauaufsichtliche Prüfung nicht von der Verpflichtung entbindet, nach anderen Vorschriften erforderliche behördliche Entscheidungen wie Genehmigungen, Erlaubnisse und Bewilligungen einzuholen, werden als durchaus risikobehaftet eingeschätzt, insbesondere da Anforderungen, die durch öffentlich-rechtliche Vorschriften an Bauvorhaben gestellt werden, früher Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens waren, nunmehr jedoch weitere eigenständige Genehmigungen, Erlaubnisse und Bewilligungen (Beteiligung von Fachbehörden | z. B. Umweltbehörden, Amt für Arbeitsschutz) selbstverantwortlich bei den zuständigen Dienststellen zu beschaffen sind.

Insofern erscheinen mitunter eindeutiger Regelungen in der Thüringer Bauordnung zielführend, um Missverständnisse und Nachforderungen möglichst zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

14.4.16/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/131 sowie Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP in Drucksache 7/300											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1; 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>VEREINIGUNG FREIER ARCHITECTEN VFA</td> <td>EINGETRAGENER VEREIN</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>MEINECKE STR. 18 99092 ERFURT</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>MEINECKE STR. 18</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VEREINIGUNG FREIER ARCHITECTEN VFA	EINGETRAGENER VEREIN	Geschäfts- oder Dienstadresse	MEINECKE STR. 18 99092 ERFURT	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	MEINECKE STR. 18	Postleitzahl, Ort	99092 ERFURT
Name	Organisationsform										
VEREINIGUNG FREIER ARCHITECTEN VFA	EINGETRAGENER VEREIN										
Geschäfts- oder Dienstadresse	MEINECKE STR. 18 99092 ERFURT										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	MEINECKE STR. 18										
Postleitzahl, Ort	99092 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	VERTRETUNG FREIER ARCHITECTEN / BERUFSVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	ANTRAG CDU & TYPENBAUTEN & BAUKULTUR GEFAHR D. BILLIGBAUTEN - SOZIALE BRENNPUNKTE ANTRAG FDP & HAFTUNGSFRAGE: GRUNDLAGE BGB BENACHTEILIGUNG ARCH. IN G.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
25.06.2020	

stellv. Landesvorsitzender
VFA LUTH u. Deutsch l. u. n. l.

THÜR. LANDTAG POST
25.06.2020 16:14

1440812220



Vereinigung
freischaffender
Architekten
Deutschland

VfA • Meineckestraße 18 • 99092 Erfurt

Landesgruppe Mitteldeutschland
Geschäftsführerin

Thüringer Landtag
Anhörungsverfahren

Telefon: 0361 / 540 34 19
0170 / 210 73 09

Jürgen Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

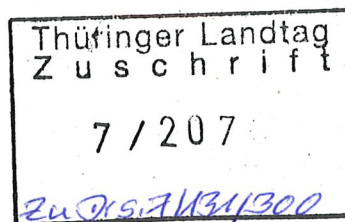
..... *AFILF*

www.vfa-architekten.de

Meineckestraße 18
99092 Erfurt

24.06.2020

Ihr Zeichen: A6.1, Drs.7/131/300



Sehr geehrter /
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 20.05.2020 wurden wir als Vereinigung freier Architekten VfA e. V., Landesverband Mitteldeutschland, angefragt zum

Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Typengenehmigung einführen – serielles Bauen ermöglichen – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/131
Stellung zu nehmen.

Honorarordnung HOAI

In unserer Funktion als Vertreter der Architekten weisen wir in diesem Zusammenhang auf die grundsätzliche Voraussetzung durch die HOAI hin. Darin heißt es im § 22, (4) Auftrag für mehrere Gebäude:

(4) Umfasst ein Auftrag Leistungen, die bereits Gegenstand eines anderen Auftrags für ein Gebäude nach gleichem oder spiegelgleichem Entwurf zwischen den Vertragsparteien waren, so findet Absatz 2 auch dann entsprechende Anwendung, wenn die Leistungen nicht im zeitlichen oder örtlichen Zusammenhang erbracht werden sollen.

Der Gesetzgeber geht seiner Vorgabe davon aus, dass sich die Vertragspartner auf eine Honorarstaffelung einigen können.

Die Übernahme bzw. Verwendung von Typenhäusern an Drittarchitekten ist dort nicht vorgesehen, da daraus entsprechende Haftungsrisiken für den übernehmenden Architekten entstehen können.

Die vorgeschlagene gesetzliche Änderung beinhaltet die Errichtung baulicher Anlagen in derselben Ausführung an mehreren Stellen durch eine Typenbaugenehmigung. Diese Typenbaugenehmigung wird durch die Obersten Baubehörde erteilt. Die Typenbaugenehmigung ersetzt nicht das Genehmigungsverfahren.

Stellungnahme

Die hier beschriebene Typenbaugenehmigung wird im Kontext mit Baukostensenkung, bezahlbarem Wohnraum sowie Entbürokratisierung beschrieben.

Standardisierte Typenbauten beziehen sich jedoch nicht nur auf den Wohnungsbau. Im Wesentlichen vereinfacht betrifft dies alle Bauten, auch die sog. Discounterbauten, die, ohne sich nach Baukultur und bauliches Umfeld zu richten, in unseren Städten und Dörfern in einer unübersehbaren Zahl errichtet werden.

Die Aussage der Kunde muss am Gebäude erkennen, dass dort billige Produkte verkauft werden, kann aus gesellschaftlicher Sicht dauerhaft nicht hingenommen werden.

Durch typisierte Standardbauten wird eine Zweiklassengesellschaft heraufbeschworen, deren Konfliktpotential nicht einzuschätzen sein wird. Die ehemalige Republik DDR hat viele Typenbauten realisiert, die sich unter den heutigen Gesichtspunkten als soziale Brennpunkte entwickelt haben.

Die Frage der Haltbarkeitsdauer solcher Bauten ist gegen die Nutzeffekte abzuwägen. Der Wertverlust wird als langfristig hoch eingeschätzt.

Typenbauten sind vereinzelt, wenn diese auf den Wohnungsbau beschränkt werden, an verschiedenen Standorten denkbar und sinnvoll. Eine städtebauliche Quartiersbildung muss planerisch begleitet werden.

Gut geplante Gebäude überdauern die Jahrhunderte. Wir müssen anfangen, in Zeiten des demografischen Wandels nachhaltige Gebäude zu entwickeln und weiter zu fördern. Gerade die Individualität der Gebäude der vergangenen Jahrhunderte versetzt uns heute noch ins Staunen.

Fazit

Einer Einführung einer allgemeinen Typengenehmigung sehen wir als problematisch an, da sich dies nicht nur das Wohnungsbauwesens zu eigen machen kann und somit eine städtebauliche Diskussion und der Anspruch einer Baukultur in unseren Städten nicht mehr möglich sein wird.

Eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren können im Wesentlichen nicht erkennen, bestenfalls wird die Planungszeit verkürzt. Im allgemeinen Genehmigungsverfahren können Zeitabläufe wie die allgemeine Beteiligung Träger öffentlicher Belange etc. für das Baugrundstück nicht wegfallen. In sog. Bebauungsplangebieten sind die Verfahren durch Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes schon zeitlich gestrafft.

Zum angefragten

Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Bauordnung -- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Stellung

- Drucksache 7/300 -

nehmen wir wie folgt Stellung.

Ziel des Antrages soll es sein, für Gebäude mit Genehmigungsfreistellung nach § 63 Thür. Bauordnung 5 Jahre nach Fertigstellung eine fiktive Genehmigung erteilt wird.

Stellungnahme

Zur Begründung ist festzustellen, dass Mängelhaftungen und Streitigkeiten zwischen Architekten, Ingenieuren und Bauherren dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB neu 2018, Werkvertragsrecht § 631 ff) unterliegen.

Der zeitliche Haftungsfrage für genehmigungsfreigestellte Gebäude wird durch schriftliche oder förmliche Abnahmen zwischen den Parteien festgelegt. Diese ist nicht abhängig von einer fiktiven Abnahme entsprechend dem vorgestellten Antrag, siehe auch BGB § 633, § 634 a.

Durch eine solche fiktive Abnahme kann sich unter Umständen die Haftungsfrage für Architekten und Ingenieure durch Unterlassung der Abnahmen auf bis zu 10 Jahre verlängern.

Dies entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben nach BGB und stellt somit eine erhebliche Verschiebung der der Haftung zu Lasten der Architekten und Ingenieure.

Diesen Vorschlag wollen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Architekt VfA

Stellv. Landesvorsitzender
VfA - Landesverband Mitteldeutschland

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)